

Berlin, den 28. Februar 1933.

Ungeheuerlich.

Wir haben es nicht nötig, uns langatmig zu verteidigen gegen den Vorwurf, dass wir an einem so wahnwitzigen Terrorakt in irgend einer Weise beteiligt wären. In einem Brief des Führers der Sozialdemokratischen Partei Otto Wels an den Vizekanzler von Papen ist mit aller Prägnanz ausgeführt, dass die Sozialdemokratische Partei nichts gemein hat mit Leuten, deren höchste Weisheit terro-

ritische Aktionen sind, dass die Sozialdemokratische Partei derartige wahnwitzige Akte immer bekämpft und abgelehnt hat, dass sie alle aus ihren Reihen entfernt und entfernt hat, die eine Hinneigung zu dieser kommunistischen Taktik zeigten, dass die Sozialdemokratische Partei seit der Gründung der Republik immer die Verfassungspartei gewesen ist!

Muss man das wirklich noch einmal feststellen, ist das historische Gedächtnis und der historische Sinn in Deutschland so weit entschwunden, dass das grosse Ringen der deutschen Sozialdemokratie seit 1918 bis auf den heutigen Tag gegen alle Elemente, die dem demokratischen Sozialismus wesensfremd sind, so sehr aus dem Gedächtnis geschwunden ist!

Die Sozialdemokratische Partei will die Einheitsfront, sie hat sie immer gewollt, aber die Voraussetzung war ihr immer die Ausschlackung der terroristischen und putschistischen und wahnwitzigen Elemente, die Befreiung der Arbeiter, die zu ihr stossen sollten, von allen solchen Gedankengängen! Dafür hat die Sozialdemokratische Partei gekämpft, dafür hat sie sich unter Hintansetzung äusseren Vorteils mit aller Kraft eingesetzt - und nun will man uns der Bundesgenossenschaft mit der Brandstiftung und dem wahnwitzigen Terror beschuldigen?

Wir erheben uns dagegen mit tiefer innerer Empörung. Wir halten vor uns den Schild unserer vor aller Augen offen liegenden Ideen und unserer Geschichte. Auch die stärkste Bedrückung, auch die ungerechteste Anklage wirft uns nicht nieder. Wir kämpfen männlich gegen unsere Gegner und ihre Kampfmethoden. Freiheit, Freiheit und immer wieder Freiheit!

Schliesslich noch ein Wort an den Reichspräsidenten. Auch ihm wollte der Führer der Sozialdemokratischen Partei am Dienstag, empört über das gegen unsere Presse gerichtete Verbot, unverblümt seine Meinung über die amtliche Begründung dieser neuesten Polizeiaktion sagen. Der Reichspräsident hat sich dem Führer der Partei, die vor fast genau einem Jahre in erster Linie zu Hindenburgs Wahlsieg beigetragen hat, nicht zur Verfügung gestellt. Aber er hat bisher auch kein Wort gegen die Diffamierung einer Partei gefunden, die sich von niemandem an Verfassungstreue und Pflicht gegenüber dem Volke übertreffen lässt und die gut genug war, ihre Organisation und einen Teil ihres Geldes für den Kampf zugunsten Hindenburgs zu opfern. Wir fordern von dem Reichspräsidenten keinen besonderen Dank. Aber erwartet hätten wir, dass er sich in einer Stunde, in der Millionen seiner Wähler massloses Unrecht geschieht, als rechtschaffener Mann vor sie gestellt hätte. Wir hätten es erwartet eingedenk der Worte, die Herr von Hindenburg vor kurzer Zeit dem Führer der deutschen Sozialdemokratie mit auf den Weg gab: "Ich weiss und bin überzeugt, dass die deutsche Sozialdemokratie für unser Volk nur das Beste erstrebt und will."

SPD. Stuttgart, 28. Febr. (Fig. Drahtb.)

Der württembergische Landtag wurde am Dienstag nachmittag kurz nach 4 Uhr polizeilich besetzt. Im Beisein des Landtagsdirektors wurden sämtliche Räume des Gebäudes eingehend besichtigt. Besonders das Zimmer der kommunistischen Fraktion wurde einer gründlichen Durchsuchung unterzogen. Ebenso wurden die Pulte der kommunistischen Abgeordneten im Sitzungssaal geöffnet. Einige Mitglieder der kommunistischen Fraktion waren im Hause anwesend.

Der Polizei war mitgeteilt worden, dass von Kommunisten im Landtag Waffen versteckt worden seien. Die Durchsuchung hatte jedoch ein völlig negatives Ergebnis. Es wurden lediglich einige Drucksachen beschlagnahmt, deren Inhalt geprüft werden soll. Ebenso ergab sich, dass die aus Berlin hierher gelangten Gerüchte, der württembergische Landtag stehe im Brand, in jeder Beziehung grundlos und unberechtigt waren. Die württembergischen Behörden sind der festen Ueberzeugung, dass die Aufrechterhaltung geordneter Verhältnisse in Württemberg auch über den Wahltag hinaus gesichert ist und kein Grund zu Nervosität und Unruhe vorliegt. Um für alle Fälle vorzubeugen, wird das Landtagsgebäude insbesondere nachts polizeilich bewacht werden.

SPD. Der Vorsitzende der Sozialdemokratischen Partei, Otto Wels, hat gegen die Unterstellungen, die in den letzten 24 Stunden gegenüber der deutschen Sozialdemokratie in amtlichen Äusserungen gemacht worden sind, folgenden Brief an den Vize-Kanzler von Papen gerichtet:

"Der Amtliche Preussische Pressedienst meldet u.a.: "Auf 14 Tage verboten sind sämtliche Zeitungen, Zeitschriften und Flugblätter der Sozialdemokratischen Partei, da der Brandstifter aus dem Reichstage in seinem Geständnis die Verbindung mit der Sozialdemokratischen Partei zugegeben hat. Durch dieses Geständnis ist die kommunistisch-sozialdemokratische Einheitsfront offenbare Tatsache geworden."

Zu dieser Äusserung habe ich zu bemerken, dass der Parteivorstand der Sozialdemokratie bereits unmittelbar nach dem Bekanntwerden dieser Meldung betont hat, die Annahme, die Sozialdemokratische Partei habe mit Leuten etwas zu tun, die den Reichstag in Brand stecken, ist falsch. Zu dieser scharfen Zurückweisung war der Parteivorstand umsomehr berechtigt, als die ganze Vergangenheit der Sozialdemokratischen Partei keinerlei Anhaltspunkte dafür bietet; vielmehr beweist ihre ganze Geschichte, dass sie terroristische Akte jeder Art ablehnt und dass ihre Anhänger stets eine in jeder Beziehung vorbildliche Disziplin an den Tag gelegt haben.

Ein Blick in die kommunistische Presse, die bis heute mit den schärfsten Angriffen gegen die Sozialdemokratische Partei gefüllt ist, beweist am besten, dass eine kommunistisch-sozialdemokratische Einheitsfront nicht besteht. Die Aussage eines Brandstifters als Beweis für ein Vorgehen gegen die Sozialdemokratische Partei anzunehmen und Massnahmen zu ergreifen, die die Sozialdemokratische Partei auf das Schärfste diffamieren, wird in der Welt kaum einen wirklich Gläubigen finden.

Ausserdem weisen wir die Behauptung auf das Entschiedenste zurück, dass die "Vorwärts"-Redaktion Anweisung an zwei Leute gegeben habe, während des Brandes aus dem Reichstag an den "Vorwärts" die Meldung gelangen zu lassen, Reichsminister Göring habe den Brand veranlasst.

Das Verbot der sozialdemokratischen Zeitungen, der Flugblätter und der Plakate steht mit den rechtlichen Bestimmungen in schärfstem Widerspruch. Wir erwarten daher, dass Sie in Ihrer Eigenschaft als Reichskommissar für das Land Preussen dafür sorgen werden, dass dieses Verbot nicht durchgeführt wird."

SPD. Der Reichspostminister hat dem "Soz.Pressedienst" am Dienstag auf "Verlangen der Reichsregierung" mit sofortiger Wirkung die Genehmigung zur Einrichtung und Durchführung eines innerdeutschen Presserundfunkdienstes entzogen.

Neun Jahre war der SPD im Besitz dieser Genehmigung. Neun Jahre hat er die sich aus ihr ergebenden finanziellen Verpflichtungen ordnungsmässig erfüllt und der Reichspost dadurch zu einer ziemlich hohen Einnahme verholfen. So kamen viele Arbeiter und Angestellte zu Arbeit und Brot, denen jetzt von der Hitler-Regierung ebenfalls die Zukunft verbittert wird.

SPD. Bochum, 28. Februar (Eig.Drahtb)
Die Kriminalpolizei beschlagnahmte am Dienstag in den Druckereiräumen des Bergbauindustriearbeiterverbandes das in Druck befindliche Organ "Die Bergbauindustrie". Der Grund zur Beschlagnahme wurde nicht bekannt gegeben.

SPD. Dresden, 28. Februar (Eig. Drahtb.)

Die sächsische Regierung hat den Alarmzustand für die gesamte staatliche Polizei angeordnet. Das Dresdener Polizeipräsidium hat am Dienstag umfangreiche Durchsuchungen aller kommunistischen Büros, Parteiheime, Verlagsgebäude vornehmen lassen. Bis zur Sichtung des vorgefundenen umfangreichen Materials sind alle von der Haussuchung betroffenen Räume polizeilich geschlossen. Die öffentlichen Geldsammlungen der KPD sind verboten. Der Schutz des Landtagsgebäudes ist verstärkt, ebenso der der übrigen öffentlichen Gebäude, namentlich der städtischen Gaswerke.

SPD. Mannheim, 28. Februar (Eig. Drahtb.)

Das badische Staatsministerium hat den Einspruch von Professor Dr. Gumbel gegen die Entziehung der Lehrberechtigung zurückgewiesen.

Professor Gumbel soll in einem geschlossenen Diskussions-Abend der Sozialistischen Studentengruppe in Heidelberg den Ausdruck gebraucht haben, das Kriegerdenkmal sei für ihn nicht eine leicht bekleidete Jungfrau mit der Siegespalme, sondern eine grosse Kohlrübe. Gumbel hat diesen Ausspruch bestritten. Er wurde aber auf Grund der vereidigten Aussagen zweier nationalsozialistischer Belastungszeugen, die sich in die geschlossene Versammlung als Gesinnungsfreunde eingeschlichen hatten, verurteilt. Die Entlastungszeugen von Professor Gumbel blieben unvereidigt.

SPD. Dresden, 28. Februar (Eig. Drahtb.)

Im Ferienausschuss des Sächsischen Landtages billigten alle Parteien, mit Ausnahme der Nazis, die Beschwerde des Ministerpräsidenten, dass der Reichsinnenminister Frick ohne Befragen der Landesregierung die kommunistischen Demonstrationen verboten hat.

Debatte und Erklärung waren durch einen entsprechenden sozialdemokratischen Antrag veranlasst worden. Im Namen der Regierung erklärte dann Ministerpräsident Schieck: Das Verbot sei ohne vorherige Kenntnis der sächsischen Regierung erlassen worden. Bis jetzt habe sie trotz ihres Ersuchens noch keine schriftliche Mitteilung über die Verbotsgründe erhalten. Demgegenüber habe die Regierung ihr Befremden zum Ausdruck gebracht, dass das Verbot ohne Fühlungnahme mit ihr verfügt und mit Angaben begründet worden sei, die den Eindruck erwecken mussten, als habe es die sächsische Regierung an einer tatkräftigen Durchführung der reichsrechtlichen Bestimmungen fehlen lassen. Die sächsische Regierung habe ein solches Verbot zurückgewiesen und ihr lebhaftes Bedauern darüber ausgesprochen, dass ihr nicht eine der vorliegenden Beschwerden zur Untersuchung und Abhilfe oder wenigstens zur Kenntnisnahme zugeleitet worden sei. Dass der Dresdener Polizeipräsident einen Umzug zu einer Zeit genehmigt habe, wo Frick in einer Wahlversammlung sprach, also nicht in amtlicher Eigenschaft in Dresden gewesen sei, habe die Regierung umso weniger nachträglich beanstanden können, als diese Massnahme gerade dazu hätte dienen sollen und geeignet gewesen wäre, Andersdenkende von dem Versammlungslokal und aus der Umgebung fernzuhalten und Störungen zu vermeiden. Beim sächsischen Minister des Innern seien verschiedene Beschwerden gegen die KPD eingegangen, die sich bei näherer Prüfung zum Teil als unbegründet, zum Teil als von falschen Voraussetzungen ausgehend herausgestellt hätten. Die Regierung sei an Gesetz und Recht gebunden und müsse Gerechtigkeit gegen jedermann üben. Sie werde sich von diesem Standpunkt auch in Zukunft nicht abbringen lassen, denn Gerechtigkeit allein könne nach ihrer Meinung Sicherheit, Ruhe und Ordnung und die innenpolitische Gesundheit des politischen und wirtschaftlichen Lebens

verfürgen. Das staatsfeindliche Treiben der KPD habe die Regierung immer entschieden abgewehrt. Das werde sie auch weiterhin tun. Das Verbot sei auf Grund der bestehenden Bestimmungen gültig. Die Befürchtung jedoch, dass ein Reichskommissar nach Sachsen gesandt werden könnte, sei nach einer Aussprache mit Papen unbegründet.

Innenminister Richter erklärte, dass die behaupteten Beschwerden unbegründet seien. Er erwarte jetzt die Antwort Fricks. Die Rechtsgleichheit aller Staatsbürger sei für ihn eine Selbstverständlichkeit. Ein allgemeines Verbot der Linkspresse werde nicht erlassen, aber er wisse daraufhin, dass die Reichsregierung ein Recht habe, einzuschreiten.

SPD. Kiel, 28. Februar (Eig. Drahtb.)

Die Polizei besetzte am Dienstag den Druckereibetrieb der sozialdemokratischen "Volkszeitung" in Kiel, weil angeblich versucht worden sein sollte, eine Ersatzzeitung für die verbotene Volkszeitung herauszugeben. Die Polizei beschlagnahmte eine Anzahl Exemplare einer von einem Hamburger Verlag in Druck gegebenen unabhängigen Zeitung, die bereits an den Vortagen erschienen ist. Der Hamburger Verlag hat gegen die Beschlagnahme sofort Einspruch erhoben. Weiter beschlagnahmte die Polizei eine Anzahl belangloser Schriftstücke. Um die gleiche Zeit durchsuchte die Polizei die Räume der Kommunistischen Partei. Dort sind umfangreiche Beschlagnahmen erfolgt.

Eine für Dienstag-Abend von der Eisernen Front geplante Demonstration wurde von der Polizei verboten. Eine Wahlkundgebung, die für Donnerstag mit Albert Grzesinski als Redner in Aussicht genommen war, ist ebenfalls untersagt worden.

SPD. Köln, 28. Februar (Eig. Drahtb.)

Die rechtsstehende "Kölnische Zeitung" schreibt zu der Polizeiaktion gegen die sozialdemokratische Presse in ihrer Dienstag-Abendausgabe:

"Aber reichen die Verdachtsgründe aus, um die Sozialdemokraten mit den Kommunisten auf eine Stufe zu stellen und ein ähnlich hartes Verbot auch über ihre Presse zu verhängen. Die SPD ist schliesslich - was man auch sonst gegen sie sagen kann - kein Klub verstiegener Terroristen. Sie hat in Deutschland über sieben Millionen Anhänger, und sie hat es zum Kummer der Kommunisten stets abgelehnt, die Praxis der bolschewikischen Gewaltpolitik in Deutschland nachzuahmen. So sehr auch in ihr zersetzende Strömungen wirksam sein mögen und wir ihre politischen Ziele entschieden bekämpfen, so scheint es uns doch bedenklich, sie ohne weiteres und summarisch den Kommunisten zuzurechnen und zu behaupten, durch das Geständnis des Brandstifters sei die kommunistisch-sozialdemokratische Einheitsfront offenbare Tatsache geworden. So einfach liegen die Dinge doch nicht."

+ + +

Wenn die "Kölnische Zeitung" von Zersetzungserscheinungen redet, so ist sie schwer auf dem Holzweg. Die Sozialdemokratie ist heute geschlossener denn je; die ganze Partei steht einmütig hinter ihrer Führung. Wäre es in den letzten Wochen auch nur einen Augenblick anders gewesen - die Polizeiaktionen gegen unsere Presse, die Redeverbote und was die Regierung Hitler sonst noch an Taten gegen uns gezeigt hat, hätten Wunder gewirkt.

SPD. Breslau, 28. Februar (Eig. Drahtb.)

In Breslau wurden am Dienstag der kommunistische Landtagsabgeordnete Sandtner, der Führer der kommunistischen Stadtverordnetenfraktion Brodde und der Breslauer Ortsgruppenvorsitzende der SAP, Rechtsanwalt Dr. Eckstein, in Haft genommen. Auch in zahlreichen Orten der Provinz wurden führende kommunistische Funktionäre festgenommen.

In mehreren Verlagsgebäuden der SPD, so u.a. in Gleiwitz, Görlitz, Glogau und Waldenburg, sowie in einigen schlesischen Sekretariaten der Sozialdemokratischen Partei, erfolgten am Dienstag Haussuchungen. Die Polizeibeamten beschlagnahmten in Waldenburg die im Druck befindliche Ausgabe der "Schlesischen Bergwacht", in anderen Orten Flugblätter, Flugschriften, Plakate, Aufnahmescheine, Exemplare des "Wahren Jakob" und Siedlungszeitschriften.

Eine für Freitag angesetzte grosse Löbe-Kundgebung der Eisernen Front in Breslau ist verboten worden. Das Verlagshaus der kommunistischen "Arbeiterzeitung für Schlesien" in Breslau wurde von der Polizei besetzt.

SPD. Die gesamte bürgerliche Berliner Presse beschäftigt sich in Riesenüberschriften und seitenlangen Schilderungen mit dem von ruchloser Hand verübten Brand im Reichstage und mit den hierauf gegründeten schärfsten Regierungsmassnahmen.

Die "Vossische Zeitung" schreibt: "Vor allem wäre zu wünschen, dass man von dem Versuch Abstand nähme, eine Verbindung der sozialdemokratischen Partei mit dem ruchlosen Anschlag zu konstruieren. Die Sozialdemokraten haben in all den Jahrzehnten ihres Bestehens die Methode des Terrorismus abgelehnt, und vor allem haben sie das öffentliche Eigentum auch in erregten Zeiten auf das peinlichste respektiert. Ein grosser Teil ihres Kampfes in den verfloßenen vierzehn Jahren galt der kommunistischen Katastrophen-Propaganda, galt der Abwehr der Gewaltlehren, denen die Moskauer Lehre das Proletariat zuführen wollte. Wenn in den letzten Wochen der Versuch gemacht worden ist, eine sogenannte "proletarische Einheitsfront" aufzurichten, so war das Ziel der sozialdemokratischen Führer dabei, die kommunistischen Arbeiter aus der Umklammerung der Gewaltlehren loszulösen und sie einzuordnen in die staatsbejahende Verteidigung des sozialen und demokratischen Volksstaates gegen Reaktion und Rückschritt."

Die der Regierung nahestehende "Deutsche Allgemeine Zeitung" hält die Schuld der Kommunisten für erwiesen. Sie spricht von den "Mörderschulen in Russland" und der "Dritten Internationale der kommunistischen Verbrecher", aber von der Mitschuld der Sozialdemokratie hat sich das schwerindustrielle Blatt nicht überzeugen lassen.

Das Organ der christlichen Gewerkschaften, "Der Deutsche", wendet sich gegen die Unterdrückung der sozialdemokratischen Presse und ihres Propagandamaterials. Ähnlich sagt die "Germania":

"Das deutsche Volk wird in seiner überwältigenden Mehrheit die Regierung in allen Massnahmen unterstützen, die zur Aufrechterhaltung der Ordnung in diesen kritischen Stunden notwendig und geeignet sind. Es hat aber auch das Recht und den dringenden Wunsch, über die Vorgänge dieser Tage, ihre Hintergründe und über die Schuldigen durch die bereits eingeleitete Untersuchung eine baldige und völlige Aufklärung zu erhalten. Diese Aufklärung wird sich auch auf die Aussage des Attentäters erstrecken müssen, dass er mit führenden Mitgliedern der Sozialdemokratischen Partei in Verbindung gestanden habe. Diese Behauptung hat bereits zu einem langfristigen Verbot der ganzen sozialdemokratischen Presse und zu einer Lahmlegung ihrer gesamten Propaganda geführt. Es hat in der ganzen Öffentlichkeit beträchtliches Aufsehen er-

regt, dass die sozialdemokratische Partei auf Grund einer immerhin mit Vorsicht aufzunehmenden Aussage eines Verbrechers mit einem Terrorakt in Verbindung gebracht wurde, der - was die Gerechtigkeit zu sagen gebietet - bisher jedenfalls nicht zu ihren politischen Methoden gehörte."

SPD. Frankfurt/M., 28. Februar (Eig. Dr.)

Am Dienstag wurde das Druckereigebäude der sozialdemokratischen "Volksstimme" von der Polizei durchsucht. Einige Flugschriften, Plakate und Zeitungen wurden beschlagnahmt. Auch aus Zeitungskiosken wurden Exemplare der "Volksstimme" beschlagnahmt. Gleichzeitig fanden in den Wohnungen mehrerer kommunistischer Funktionäre Haussuchungen statt.

SPD. Am Dienstag war das gesamte Gebiet um das Reichstagsgebäude ebenfalls noch polizeilich abgesperrt.

In den Vormittagsstunden wurde die Absperrung besonders streng gehandhabt, weil zu jener Zeit die Kriminalpolizei in Gegenwart des Reichstagsdirektors Galle sowie massgebender Vertreter der Feuerwehr und der politischen Polizei eine eingehende Durchsuchung nach etwaigen Spuren der Täter und nach etwaigen weiteren Herden des Anschlages durchführte. Mit den Polizeibeamten waren auch Hilfsbeamte der Polizei mit Armbinden am Tatort erschienen. Die zahlreichen Reichstagsbeamten und Angestellten, die gerade am Dienstag im Reichstag ihr Monatsgehalt in Empfang nehmen wollten, durften am Vormittag ebenfalls nicht passieren. Der Dienstbetrieb im Reichstag war vollkommen unterbrochen. Nur in der Telefonzentrale des Reichstags befand sich Personal.

Die grosse gläserne Kuppel über der Mitte des riesigen Reichstagsgebäudes macht den trostlosen Eindruck vollständiger Verwüstung. Die Feuerwehr musste sich durch Zertrümmern der Portale des Einganges IV zum Reichstag Zugang in das Innere des Hauses verschaffen. Der Eingang IV ist sonst reserviert gewesen für hohe Persönlichkeiten, insbesondere für den Reichspräsidenten. Die Feuerwehrbeamten mussten die schweren hölzernen Türen mit Beilen zertrümmern, um die Schlauchleitungen in das Innere des Gebäudes ziehen zu können.

Im Zusammenhang mit der Brandkatastrophe ist die bisher noch nicht festgestellte Vermutung aufgetaucht, dass das Feuer längere Zeit geschwelt haben müsse, ehe es zum Ausbruch kam und bemerkt werden konnte. Die nächtliche Bewachung des Reichstags wird regelmässig von zwei Beamten durchgeführt, von denen jeweils einer mit Blendlaterne sich auf der Patrouille in dem grossen Gebäude befindet. Die Beamten haben jedoch schwelendes Feuer nicht bemerkt. Ausser dem Innenraum des Reichstagsgebäudes ist insbesondere auch ein erheblicher Teil der um den Plenarsitzungssaal gelagerten Räume der Presse völlig zerstört worden.

Im Zusammenhang mit dem Attentat auf den Reichstag und dem Anschlag, der am gleichen Tage auf das Berliner Schloss versucht worden war, war auch die Befürchtung aufgetaucht, dass das Gebäude des Preussischen Landtags Zielpunkte des nächsten verbrecherischen Vorgehens dieser Art sein werde. Das Landtagsgebäude ist polizeilich gesichert worden, insbesondere in seinen beiden Eingängen in der Prinz Albrecht- und in der Leipziger Strasse. Im Landtagsgebäude ist überdies ständig ein besonders scharfer Patrouillendienst der Hausbeamten im Gange. Jeden Tag bis 10 Uhr abends hat je ein Beamter je ein Stockwerk im Patrouillengang zu betreuen. Er muss jeden Raum betreten. Im Gegensatz zum Reichstag bleibt im Landtag auch während der Nacht die wesentliche Beleuchtung in Betrieb, sodass die Räume dauernd erhellt sind.

SPD. Paris, 28. Februar (Eig. Drahtb.)

Die Genfer Meldung des "Petit Parisien", dass Hitler Ende März Mussolini einen offiziellen Besuch abstatten will, ist, wie der Pariser Korrespondent des "Soz. Pressedienst" erfährt, in Kreisen, die der französischen Regierung nahestehen und über die Vorgänge in Genf unterrichtet sind, schon seit Tagen bekannt. Man ist auch in grossen Zügen über die Absichten unterrichtet, die Hitler mit dieser Reise verfolgt. Äusserungen darüber werden jedoch vorläufig abgelehnt. In den erwähnten Kreisen beschränkt man sich auf die Erklärung, dass die Durchführung der Pläne Hitlers für die internationale Stellung Deutschlands wenig förderlich sein würden.

In diesem Zusammenhang sei auch erwähnt, dass die Nachricht von dem Brand im Reichstag und der von der kommissarischen preussischen Regierung ergriffenen Massnahmen in hiesigen politischen Kreisen ernste Besorgnisse ausgelöst haben, die nicht ohne Rückwirkung auf die Verhandlungen der Abrüstungskonferenz bleiben werden. Was man hier über den Brand im Reichstag denkt und was die meisten Zeitungen offen schreiben, kann wegen der Pressebestimmungen in Deutschland nicht übermittelt werden.

SPD. Trotz Balkenüberschriften und seitenlangen Berichten der Berliner Presse über den Brand im Reichstag und die Regierungsmassnahmen, zeigt die Bevölkerung der Reichshauptstadt nirgends grosse Aufregung oder Nervosität. Das Strassenbild unterscheidet sich kaum von irgend einem anderen Werktag und nur geschäftig hin- und hereilende SA-Leute zu Fuss und per Rad bringen gelbe Flecken in das übliche Leben und Treiben.

Anders um den Reichstag. Dort massieren sich die Neugierigen, die der Arbeit der Feuerwehr zusehen. Auch in der Nähe des "Vorwärtsgebäudes" sammeln sich immer wieder Gruppen. Es sind empörte Arbeiter, die sich berichten, dass die Polizei auch am Dienstag-Nachmittag noch haussuchte und nach Wahlschriften fahndete. Bis nachmittags sechs Uhr war diese Arbeit noch nicht beendet. Empörung stieg schliesslich auf, als am Nachmittag zwei Lastwagen am Halleschen Tor vorbeifuhren, besetzt mit uniformierten Schupo-Beamten, die so vergnügt und lustig waren, dass sie nationalsozialistische Parteilieder sangen.

Inzwischen waren während des ganzen Tages Verhaftungen von Kommunisten und linksstehenden Persönlichkeiten im Gange. Gegen Abend war die Zahl auf rund zweihundert gestiegen. Der Führer der Reichstagsfraktion der KPD, der Abg. Torgler, stellte sich, in Begleitung seines Rechtsanwaltes, freiwillig der Polizei. Ausser Torgler sitzen die KPD-Abgeordneten Pieck, Schneller, Kaspar, Remmele usw. usw. in Haft. Nach Münzenberg wird besonders eifrig gefahndet. Festgenommen sind ferner: der kommunistische Studienrat Dr. Ausländer, Professor Dr. Felix Halle und drei sympathisierende Rechtsanwälte und KPD-Verteidiger Dr. Apfel, Dr. Litten und Dr. Barbasch; der Stadtmedizinalrat und Verfasser vieler medizinischer Volksschriften Dr. Hodann, die Pazifisten Lehmann-Russbüldt, Carl v. Ossietzki, Redakteur der "Weltbühne", sowie die Schriftsteller Erich Mühsam, Egon Erwin Kisch, Hans v. Zwell und der Verfasser von "Krieg", Ludwig Renn (Arnold Vieth von Golsenau).

Haussuchungen, Beschlagnahme und Verhaftungen erfolgten ferner in vielen Provinzstädten. Allein in Hannover sind 140 KPD-Funktionäre in Schutzhaft genommen worden. In Bielefeld ist das Verlagsgebäude der sozialdemokratischen "Volkswacht" besetzt; in Oldenburg sind alle sozialdemokratischen und kommunistischen Zeitungen verboten.

SPD. Amsterdam, 28. Februar (Eig. Dr.)

Die holländische Kommunistische Partei veröffentlicht eine Erklärung, in der es heisst: der Brandstifter van der Lubbe habe eine Zeitlang der kommunistischen Partei in Leyden angehört, aber er sei seinem Ausschluss durch freiwilligen Austritt zuvorgekommen. Seitdem habe er die Kommunistische Partei auf jede Art und Weise ebenso bekämpft wie Ende 1931 bei dem Textilarbeiterstreik in Enschede die Streikleitung. Das Signalement der deutschen Presseberichte entspreche jedoch nicht dem Aussehen dieses van der Lubbe.

SPD. Der Reichsrat ist zu Donnerstag einberufen. Die Sitzung wird ausser halb des Reichstagsgebäudes stattfinden.

Der Reichstag wird bis zur Wiederherstellung des Reichstagsgebäudes, wahrscheinlich in Potsdam tagen. Das besagt für den Kurs der Hitler-Regierung alles. Hie Weimar - dort Potsdam!

SPD. Wiesbaden, 28. Februar (Eig. Dr.)

Im Gewerkschaftshaus fand am Dienstag eine Haussuchung statt. Zwei Bereitschaftswagen der Schutzpolizei riegelten die Eingänge ab und besetzten die Treppen. Vergeblich suchte man insbesondere nach Falltüren, Katakomben und Kriechgängen. Es wurden Flugblätter und einige Nummern der Zeitschrift "Die Gesundheit" des Reichsverbandes der Ortskrankenkassen beschlagnahmt.

SPD. Die Hitler-Regierung hat am Dienstag eine neue Notverordnung zum Schutze von Volk und Staat beschlossen.

§ 1 des Artikels setzt zur Abwehr kommunistischer Gewaltakte die Artikel der Reichsverfassung ausser Kraft, die sich auf die Beschränkung der persönlichen Freiheit, der Pressefreiheit, der Versammlungsfreiheit, Haussuchungen und Beschlagnahmungen beziehen.

§ 2 bestimmt, dass die Reichsregierung die Befugnisse der obersten Landesbehörden insoweit vorübergehend wahrnehmen kann, soweit in einem Lande die zur Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung nötigen Massnahmen nicht getroffen werden. Auf Grund dieser Bestimmung kann die Regierung die Exekutivgewalt in Ländern übernehmen.

Andere Artikel der Verordnung bedrohen mit Gefängnisstrafen bzw. schweren Geldstrafen, wer Anordnungen zur Wiederherstellung der Ruhe und Ordnung nicht Folge leistet. Mit dem Tode wird bestraft, wer Verbrechen des Hochverrats, der Giftbeimischung, der Brandstiftung, des Eisenbahnanschlags usw. begeht. Mit dem Tode oder mit Zuchthaus wird bestraft, wer es unternimmt, den Reichspräsidenten oder Regierungsmitglieder zu töten oder zu einer solchen Tat auffordert, ferner wer schweren Aufruhr begeht, mit der Waffe in der Hand ergriffen wird oder Freiheitsberaubung begeht, um sich politische Geiseln zu verschaffen.

Die Regierung erklärt, dass durch diese Verordnung der Wahlkampf nicht behindert (!) werden soll, dass angesichts der hohen Gefahr, die bestand, aber mit allen Mitteln hätte durchgegriffen werden müssen.

SPD. Frankfurt/M., 28. Febr. (Eig. Dr.)

In der Nacht zum Dienstag wurde in Frankfurt-Höchst der frühere Arbeiter-Samariter Bleser, der zuletzt der Nationalsozialistischen Partei angehörte, erschossen.

Bleser hatte in einem Nazilokal mit seinem Revolver in die Decke geschossen. Er wurde daraufhin von dem Wirt aus dem Lokal gewiesen und von zahlreichen Gästen auf die Strasse gedrängt. Als in diesem Augenblick zwei Reichsbannerleute vorübergingen, rief Bleser diesen den Schimpfnamen "Bananen" zu. Die Reichsbannerleute liessen sich nicht provozieren. Als Bleser dann hinter beiden einige Schüsse abgab, schoss einer offenbar in Notwehr zurück. Bleser wurde getötet. Auf die Ergreifung des Täters sind 1000 Mark Belohnung ausgesetzt. Der im Zusammenhang mit dem Vorfall am Dienstag-Vormittag verhaftete sozialdemokratische Vorsitzende Apel wurde einige Stunden später freigelassen, weil er sein Alibi einwandfrei nachweisen konnte.

SPD. Der Berliner Polizeipräsident hat im Interesse der öffentlichen Sicherheit und Ordnung den Beginn der Polizeistunde mit sofortiger Wirkung bis auf weiteres allgemein auf 24 Uhr festgesetzt.

SPD. Paris, 28. Februar (Eig. Drahtb.)

Der Senat hat bei der dritten Lesung der Finanzvorlage seinen früheren Beschluss aufrechterhalten und wieder eine Erhöhung der Einkommenssteuer auf zehn Prozent beschlossen. Inbezug auf die Kürzung der Beamtengehälter ist er der Kammer insofern entgegengekommen, als er die Freigrenze von 9000 auf 12 000 Francs erhöht hat. Die Angestellten in konzessionierten Betrieben sollen von der Gehaltskürzung ausgeschlossen bleiben. Was die Kürzung der Beamtenzulagen anbetrifft, so hat der Senat sich mit kleinen Änderungen den Vorschlag der Kammer zu eigen gemacht. Die Kammer hat in vierter Lesung die Erhöhung der Einkommensteuer auf zehn Prozent gebilligt. Ernste Meinungsverschiedenheiten sind jetzt nur noch bei der Kürzung der Beamtengehälter vorhanden.

SPD. Frankfurt/M., 28. Februar (Eig. Dr.)

Die "Frankfurter Zeitung" wendet sich mit bemerkenswerter Schärfe gegen die Angriffe des Ministers Goering gegen die Deutsche Sozialdemokratie:

"Es ist vollkommen absurd, die Sozialdemokratie für ein solches Attentat verantwortlich machen zu wollen und damit aus der Sozialdemokratie eine terroristische Partei zu machen. Das ist eine Willkürlichkeit, die der Geschichte der Sozialdemokratie Hohn spricht und die von allen Mitgliedern der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands als das schwerste Unrecht aufgefasst werden wird, das man ihrer Partei überhaupt zufügen kann."

SPD. Liegnitz, 28. Februar (Eig. Drahtb.)

Entgegen dem Urteil der Gerichtsbehörden in anderen preussischen Städten hat das Landgericht in Liegnitz den Erllass einer einstweiligen Verfügung gegen das bekannte Naziplakat von den gestohlenen zwei Millionen preussischer Staatsgelder zurückgewiesen. In Liegnitz darf also plakatiert werden, Braun und Severing seien Diebe und hätten zwei Millionen Mark gestohlen!

SPD. Der Polizeipräsident von Stuttgart hat alle öffentlichen Umzüge der KPD und ihrer Hilfsorganisationen verboten.

Am Dienstag fanden in Bochum bei Kommunisten und in kommunistischen Lokalen umfangreiche Durchsuchungen statt. Die neue "Hilfspolizei" wirkte mit. Mehrere Personen wurden verhaftet.

Eine Verwarnung erhielt die sozialdemokratische "Donau-Wacht" in Ulm wegen eines am 27. Februar veröffentlichten Artikels. Verboten wurden für zwei Monate die in Gmünd erscheinende Wochenschrift "Der rote Schmied", für vier Monate die in Tuttlingen erscheinende "Rote Einheit".

SPD. In Stettin wurde am Dienstag eine sozialdemokratische Versammlung, in der Paul Löbe sprechen sollte, verboten.

In den Parteibüros der SPD und KPD wurde gehaussucht. Das Ergebnis war wie überall gleich null.

Schluss des politischen Teils. - Auf Wiederhören

Mittwoch-Vormittag 7 Uhr auf Welle 2850.

Aus aller Welt

Der Nazi-Prophet.

SPD. Wie alle Einbildungen, so bedarf auch das "dritte Reich" einer besonderen Deutung durch die Magie. Der lächerlichste und fanatischste Prophet dieser Kulturgattung ist der Hellseher Erik Jan Hanussen. Besonders nutzt er die Wahlzeit aus, um mit seinem rein artistischen Können politische Geschäfte für die Reaktion zu machen. Auf den Vortragsbühnen und in seiner Wochenschrift: "Hanussens Bunte Wochenschau", produziert er seine hellseherische Kraftmeierei, um dem gutgläubigen und gutzahlenden Publikum die Prophe- tie vom "Werden des dritten Reiches", oder, wie er es in seinen sogenannten Horoskopen jetzt zu nennen beliebt: "Von der Hitlermajorität in Deutschlands- schicksalstunde" anzudrehen. Würde man nur die politische Prophe- tie der letz- ten drei Nummern seiner "unpolitischen" Wochenschrift etwas genauer unter die Lupe nehmen, so könnte man von einer wahrhaft inflatorischen Lügenproduktion reden. Aber alles dies brauchte uns nicht weiter zu interessieren, wenn dieser "Hellseher" nicht durch seine harmlos aufgemachte, schwarzweissrot gerahmte Zeitschrift der übelsten Brunnenvergiftung diene, vor der die Bevölkerung gewarnt werden muss. Denn nicht umsonst nennt man diesen falschen Propheten, den "Propheten des kleinen Mannes".

Erik Jan van Hanussen heisst im gewöhnlichen Leben Herschmann Stein- schneider und ist alles andere, denn ein "deutscher Mann". So bescheinigt ihm das jüdische Matrikelamt zu Rumburg, dass für seinen Geburtsort Prosnitz zu- ständig ist. Und der Rabbiner der dortigen Synagoge, in der Herschmann Stein- schneider, alias Hanussen, am 1. Januar 1928 eine seiner jüdischen Ehen schloss, wird dasselbe bestätigen. Rumburg aber liegt in der Tschecho-Slowakei.

Steinschneider betrieb vor seiner politischen Prophe- tie für das "dritte Reich" das weniger lukrative Geschäft eines einfachen Bühnenartisten. Er machte in "Fakirzauber" oder, wenn er gerade einmal damit keine Geschäfte tä- tigen konnte, in Enthüllungen über den Schwindeltrick der Telepathie. Er hat sogar in helllichtiger Weise 1917 eine Broschüre gegen alles das geschrieben, was er jetzt auf den Vortragsbühnen als Hellsehen, telepathische Experimente etc., den Leuten vorführt. Diese Broschüre erschien unter dem Titel: "Worauf beruht das?" unter seinem ersten Pseudonym Harry Steinschneider in - Krakau!

Trotz dieser Wendigkeit in geschäftlichen Dingen ging es dem Stein- und Aufschneider in seiner Branche immer schlechter. Hanussen musste sich auf das "wissenschaftliche Hellsehen" verlegen. Wie weit er es dort brachte, kenn- zeichnet ein wichtiger Vorfall in Wien. Hanussen wurde dort von der Bundes- regierung für zehn Jahre ausgewiesen, weil er über die Aufdeckung von Ver- brechen durch die Polizei nachweislich falsche Angaben gemacht und sie für seine "Experimente" missbraucht hatte. Die Wiener Polizei hatte, ohne jedes Zutun von Hanussen, einen Verbrecher festgenommen, und Hanussen behauptete später bei seinen Ankündigungen, diese Festnahme sei nur ihm zu verdanken gewesen. Aus Wien ausgewiesen, verlegte Steinschneider-Hanussen seine Praxis nach Deutschland. Er verstand es, sich durch Vorspiegelung von Tatsachen, die ganz ausser seinem Arbeitskreis lagen, ein gutzahlendes Publikum zu schaffen und führte nun die einfachsten artistischen Kunststücke als "Hell- sehwissenschaft" vor. Auch hier arbeitete er mit Lügen; so behauptete er, vereidigter Gerichtssachverständiger in Köln und Kassel zu sein, ohne auch

nur die geringste Legitimation dafür zu besitzen.

In Berlin machte Steinschneider seine dritte Wandlung durch, er wurde politischer Prophet. Das war allerdings Neuland und ein gutes Geschäft dazu. Es ging auf Kosten der Indifferenten und politisch Verzweifelten. Zu diesem Zwecke gründete er die Wochenschrift: "Hanussens Bunte Wochenschau" und schwan sich allmählich zum Obermagier des dritten Reiches auf. Die überraschende politische Wendung: vom kleinen, jüdischen Wahrheitsfanatiker wider den Fakirschwindel in Krakau zum "Experimentalwissenschaftler" für Hellsehen und endlich zum politischen Propheten der Reaktion, brachte ihm Geld, viel Geld ein. Trotz aller Entlarvungen durch Fachleute wurde Hanussen immer wohlhabender und konnte es sich nun leisten, nationalsozialistischen Sturmtruppe, aus reiner Dankbarkeit natürlich, seine Privatautos zu Propaganda und Wahlzwecken zur Verfügung zu stellen.

Hanussen ist eine der gefährlichsten politischen Existenzen am Rande unseres geistigen und wirtschaftlichen Elends, seine Entlarvung ein Gebot politischer Sauberkeit. Parteien, die sich auch jetzt noch seiner im Wahlkampfe und für ihre Zwecke bedienen, bedürfen keiner besonderen Kennzeichnung mehr.

W.S.

+ + +

Seiffert-Prozess. Vor dem Schwurgericht Dessau begann am Dienstag die Verhandlung gegen den des Meineids beschuldigten Bankdirektors Willi Seiffert, der sich demnächst wegen Bilanzverschleierung und Konkursverbrechens auch in Berlin zu verantworten haben wird. Aufgrund der Dessauer Anklageschrift soll der für den Zusammenbruch der Berliner Grundbesitzerbank verantwortliche Bankier Seiffert, der vor längerer Zeit in Prag gefasst und von dort ausgeliefert wurde, vor dem Untersuchungsausschuss des anhaltischen Landtags etwas Falsches beschworen haben. Insbesondere steht die Frage von geldlichen Zuwendungen an die anhaltischen Hausbesitzer-Abgeordneten Günther und Marzahn zur Debatte. Seiffert behauptet, unschuldig zu sein. Die an Marzahn und Günther überwiesenen Gelder stellten keine strafbaren Zuwendungen dar und seien aus wirtschaftlichen Gründen notwendig gewesen.

+ + +

2000 m tief gestürzt! In einem südafrikanischen Bergwerk ist durch Versagen der automatischen Bremse ein Förderkorb in einen 2 000 Meter tiefen Schacht gestürzt. Zwölf eingeborene und zwei europäische Bergleute verunglückten tödlich.

+ + +

Vier Personen ertrunken. Ein in der Scheldemündung liegender belgischer Dampfer riss sich infolge starker Flut von einem Ponton los. Der Ponton wurde zertrümmert. Elf Personen stürzten ins Wasser, vier von Ihnen ertranken.

+ + +

Das Browningtheater. Die nationalsozialistische Intendanz des Staatstheaters Berlin hat die Verträge von 19, zum Teil ersten Schauspielern, die mit Abschluss dieser Spielzeit ablaufen, nicht erneuert. Die Ersatzengagements wird der neue Nazi-Dramaturg des Staatstheaters, Herr Johst, vermutlich nach seinem im Rundfunk verkündeten Prinzip vornehmen: "Wenn ich das Wort Kultur höre, dann entsichere ich meinen Browning."

+ + +

Theaterbrand. Das Odéon-Theater in Narbonne (Frankreich) wurde von einem schweren Schadenfeuer heimgesucht. Bühnenhaus und Zuschauerraum brannten vollständig aus. Personen kamen nicht zu Schaden.

+ + +

Amok=Läufer. Ein Amok=Läufer erstach im Ostseebad Cranz eine 71 Jahre alte Witwe; ausserdem brachte er einer 57jährigen Schneiderin durch 11 erstickte schwere Verletzungen bei. Der rasende Täter, ein 37jähriger Dünenarbeiter, konnte schliesslich überwältigt werden.

Grosseinbruch. Eine "Dachkolonne" erbeutete bei einem nächtlichen Einbruch in eine Berliner Konfektionsfirma für 30 000 Mark Ware.

360 Stundenkilometer. Auf dem Flugplatz Berlin=Tempelhof wurde am Dienstag mittag das neueste deutsche Schnellflugzeug vom Typ Heinkel "HE 70", ein mit einem 500 OS BMW=Motor ausgerüsteter Tiefdecker, vorgeführt. Die zu erzielende Höchstgeschwindigkeit der Maschine beträgt 362 Kilometer pro Stunde, die den Fahrplanberechnungen zugrunde gelegte Reisegeschwindigkeit 326 Stundenkilometer. Die "HE 70" wird also Strecken von Berlin nach München, Frankfurt, Köln, Königsberg, Kopenhagen usw. in etwa zwei Stunden, die Strecke Berlin-London in ungefähr $3\frac{1}{2}$ Stunden zurücklegen können.

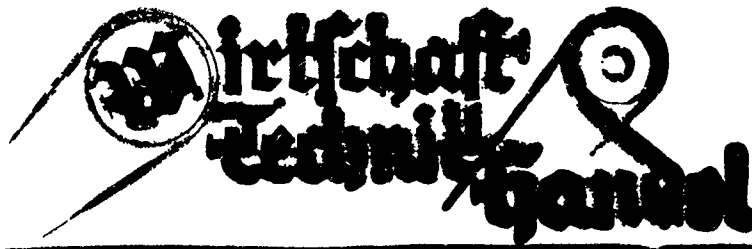
Sobald die Heinkel "HE 70" gestartet ist, wird das Fahrgestell weggeklappt, wodurch eine Minderung des Luftwiderstandes herbeigeführt wird. Der Rumpf des Flugzeuges besteht aus Duraluminium, ist glatt und tropfenförmig. Kabinenfenster und Türen schliessen mit der Aussenhaut ab, Hand- und Türgriffe sind versenkt; die Seitenwände bieten also, ähnlich wie beim "fliegenden Hamburger" gleichfalls keinerlei Luftwiderstand. Ein weiterer bedeutender Vorzug der Maschine ist ihre Steigfähigkeit. Die Heinkel "HE 70" kann in 3,2 Minuten auf 1 000 Meter und in weniger als einer halben Stunde auf 5 000 Meter steigen. Die mögliche Gipfelhöhe beträgt 7 000 Meter. Diese Steigfähigkeit erhöht die Verkehrssicherheit beim Schlechtwetterflug; ebenso trägt zur Erhöhung der Sicherheit bei, dass im Besatzungsraum drei Mann Platz finden können.

Die Heinkel "HE 70" wird nach Absolvierung einer Reihe von Probeflügen vorläufig im Reise-, Post- und Frachtverkehr nach Griechenland und Spanien eingesetzt werden. Der Personenverkehr wird erst nach vollkommener Bewährung aufgenommen.

Reklameluftschiff verunglückt. Ein in Berlin stationiertes Reklameluftschiff, das vor einigen Wochen nach Friedrichshafen gefahren und von dort am Dienstag Morgen zum Rückflug gestartet war, musste wegen mangelnden Auftriebs in der Nähe von Nürnberg notlanden. Beim Aufsetzen des Luftschiffs wurde die Steuerung stark beschädigt, der Propeller zertrümmert und ein Teil der Ballonhülle zerrissen. Das Kleinluftschiff muss abmontiert werden.

Neues Zeppelinheim. Die in den Kriegsjahren 1915/16 erbaute Zeppelinhalle in Berlin=Staaken, die zum Teil für Filmzwecke vermietet ist und ausserdem häufig das Parseval=Naatz=Luftschiff beherbergt, soll im Rahmen des Arbeitsbeschaffungsprogramms der Stadt Berlin in Stand gesetzt werden. Insbesondere sind Arbeiten an der Dachkonstruktion notwendig. Die Staakener Zeppelinhalle ist ebenso gross wie die alte Friedrichshafener Halle, würde jedoch für den zur Zeit in Friedrichshafen im Bau befindlichen "L.Z.129" viel zu klein sein.

Piraten. In der Nähe von Honkong überfielen chinesische Seeräuber einen dänischen Dampfer, hielten die Schiffsoffiziere unter Revolverdrohungen in Schach, steuerten das Schiff nach einem ihrer Schlupfwinkel und raubten es aus. Dann flüchteten die Piraten unter Mitnahme von drei Passagieren erster Klasse, die sie vermutlich zu Erpressungsversuchen missbrauchen werden.



Vorbild des Dritten Reiches.

Steigende Arbeitslosigkeit.- Lohnkürzungen.- Vertenerung der Lebenshaltung.-
Aber masslose Subventionen für die Grossindustrie.

SPD. Die grosse Illusion der Nazis ist das faschistische Italien, wo der Diktator Mussolini die Marxisten vernichtet, das parlamentarische System ausgerottet und die Arbeiterschaft niedergeknüttelt hat. Ueber 10 Jahre dauert nun schon das Mussolinische Regiment. Aber hat Mussolini Italien zu einem Wirtschaftsparadies gemacht? Auf Grund der nackten Tatsachen muss man diese Frage verneinen.

In Italien ist die Arbeitslosigkeit, gemessen an der Bevölkerung, grösser als in anderen Ländern. Für die Grösse der italienischen Arbeitslosigkeit gibt es leider nur Anhaltspunkte. Die objektive Statistik der Fachverbände und der Gewerkschaften ist ja bereits seit langem verboten und aufgehoben. Die amtliche Arbeitslosenstatistik in Italien umfasst leider nur die Meldungen von unterstützungsberechtigte Berufsgruppen. Darin fehlen z.B. die weiblichen Textilarbeiter, die Heimarbeiter, Handelsarbeiter, Handelsangestellten, die landwirtschaftlichen Saisonarbeiter und die Hausangestellten. Aber auch nach diesem völlig unzulänglichen Teilausschnitt der offiziellen Statistik ergibt sich ein ständiges Anwachsen der Arbeitslosigkeit. Im Dezember 1932 wurden 1,1 Millionen Arbeitslose gezählt; gegenwärtig dürfte die registrierte Arbeitslosigkeit mehr als 1½ Millionen betragen. Ein faschistischer Nationalökonom, Dr. Wilhelm Bianchi in Mailand, bemerkte zu der offiziellen Statistik, dass "deren Feststellungen keineswegs als zuverlässig" gelten dürfen. Die wirkliche Arbeitslosigkeit in Italien dürfte vielleicht bei 2 Millionen, vielleicht noch höher liegen, eine für ein vorwiegend agrarisches Land erschreckend hohe Ziffer der Massenarbeitslosigkeit.

Nur ein kleiner Bruchteil der Arbeitslosen empfängt Arbeitslosenunterstützung. Ende 1932 wurden im faschistischen Italien 290 000 Empfänger von Arbeitslosenunterstützung ausgewiesen. "Die auszuzahlenden Sätze sind bescheiden. Sie betragen je nach dem Lohnsatz 1,25, 2,50 und 3,75 Lire pro Tag und sind nur für einen Zeitraum bis zu höchstens 120 Tagen zahlbar". So berichtet der oben genannte Wirtschaftsapostel des Faschismus. Ein Arbeitsloser erhält also unter dem Faschismus eine Tagesunterstützung von sage und schreibe 25 Pfennig bzw. 50 Pfennig, die Höchstverdiener von 75 Pfennigen pro Tag. Nach höchstens 16 Wochen ist es damit auch zu Ende. Die Grosstädte beheben die Arbeitslosigkeit und das städtische Arbeitsloseneiend in der einfachen Form, dass sie einen Teil der Beschäftigungslosen in ihre ländlichen Heimatgemeinden abschieben, wozu die Polizei auf Grund einer Verordnung ermächtigt ist. Das Elend der Familien auf dem Lande wird damit selbstverständlich noch unerträglicher gestaltet.

Andererseits haben Staat und Unternehmer gemeinschaftlich fürchterliche Lohnkürzungen durchgeführt. Von Juni 1927 bis Dezember 1928 wurden sämtliche Löhne und Gehälter um 20 % gesenkt. 1929 trat eine Lohnreduktion von 10 % ein. Ende 1930 kam ein neuer allgemeiner Lohnabbau von 8 bis 25 %. Später wurden dann durch besondere Abkommen weitere Lohn- und Gehaltskürzungen durchgeführt, die heute noch im Gange sind.

Die Arbeitsverdienste sind also unter der glorreichen Herrschaft der faschistischen Diktatur nach diesem Zeugnis eines intimen Sachkenners um etwa 40 bis 60 % gesenkt worden. Auf welchem Elendsniveau die Hungerlöhne in Italien angelangt sind, wird am besten daraus ersichtlich, dass der von der offiziellen Statistik ausgewiesene Durchschnittslohn der Arbeiter auf 1,75 Lire, also rund 36 Pfennige Stundenlohn angelangt ist. Der Faschismus in Italien hält unter allen industrialisierten Ländern der Welt den Rekord in der Herabdrückung der Löhne. Dabei ist es weit verbreiteter Irrtum, dass diese geradezu aufreizend niedrigen Löhne wenigstens zum Teil durch besonders billige Lebenshaltungskosten ausgeglichen würden. Die Hochschutzzollpolitik und das Selbstversorgungsideal des Faschismus haben wichtigste Massennahrungsmittel ausserordentlich verteuert. 1 Kilogramm Brot kostet gegenwärtig in Italien rund 37 Pfennig, ein Pfund Zucker 70 Pfennig. Ein Pfund Zucker ist also in Italien doppelt so teuer als in Deutschland, das schon einen übermässig hohen Zuckerpreis hat, ein Kilogramm Brot etwa um 15 % teurer als bei uns. So sieht also das Paradies Mussolinis für die Konsumenten aus!

Auf der anderen Seite treibt Mussolini eine uferlose Subventionspolitik zu Gunsten der einflussreichen Kreise des Grosskapitals und des Grossgrundbesitzes. Der italienische Subventionsnismus ist schlimmer als der anderer kapitalistischer Länder. Die von Mussolini errichteten "Sanatorien", die mit enormen Staatsmitteln die Grossindustrie stützen, sind in aller Welt berühmt. Kein Mensch kann sich mehr in diesem faschistischen Subventionswirrwarr zurechtfinden; nur so viel ist sicher, dass die Stützungskredite, die Sanierungsgelder und die verlorenen Subventionen in viele Milliarden Lire aufgelaufen sind (allein dem Liquidationsinstitut hat die Notenbank bis Ende 1932 2 Milliarden Lire geliehen). Dass mit dieser uferlosen Geschenkepolitik die Wirtschaft nicht gefestigt wird, auf der anderen Seite die Staatsfinanzen immer stärker in Zerrüttung geraten, liegt auf der Hand. Die schwebende Schuld hat sich in den letzten drei Jahren, trotz rücksichtsloser Erhöhung der Massensteuern, um 5 Milliarden Lire erhöht.

Dabei hat die masslose Subventionspolitik den Niedergang der italienischen Industrie mit der Verschärfung der Krise nicht aufhalten können. So ist z.B. von 1931/32 die Stahlproduktion um weitere 10 % gesunken, die Herstellung von Maschinenguss hat sich nahezu halbiert (Produktion Januar bis August 1931: 341 000 to, Januar bis August 1932: 208 000 to), desgleichen die für Italien ausserordentlich bedeutsame Seidenproduktion. In den ersten 10 Monaten des vergangenen Jahres betrug die Produktion an Naturseide 2,4 Millionen kg gegen noch 4,6 Mill. kg im gleichen Zeitraum des Vorjahres. Die ausserordentliche Schrumpfung der Wirtschaftsätigkeit in Italien zeigt sich auch in dem enormen Rückgang des Frachtverkehrs, der bei der Staatsbahn im vergangenen Jahr mengenmässig um etwa 20 % zurückgegangen ist.

So sieht es in Italien, dem Vorbild des Dritten Reiches unserer Nazis aus. Der deutsche Wähler wird nicht den Wunsch haben, diese Zustände in Deutschland einzuführen. Deshalb wählt er am 5. März antifaschistisch, Liste 2, Sozialdemokraten!

*SPD. Als das Kabinett Hitler die Zölle für Schmalz, Vieh und Fleisch in stärkstem Ausmass erhöhte, wurde diese Massnahme mit dem Hinweis zu rechtfertigen versucht, dass man dem deutschen Bauer helfen wollte. Man wolle durch die höheren Zölle die Viehpreise in Deutschland aufbessern. Es ist nun nicht zu leugnen, dass sich die Viehpreise nach der Zollerhöhung nach oben entwickelt haben. Nur konnten sich die höheren Preise nicht behaupten. Wir geben darüber folgende Zusammenstellung:

	Anfang der 1. Februarwoche	Ende der 2. Februarwoche	Ende der 4. Februarwoche
(Notierungen am Berliner Viehmarkt in Mark)			
Schweine, 240-300 Pfund, pro Zentner	34 - 36	42 - 43	35 - 37
Schweine, 160-200 Pfund, pro Zentner	32 - 34	39 - 40	32 - 33
Kühe, Klasse a) pro Zentner	22 - 24	25 - 27	24 - 26.

Die Steigerung der Viehpreise nach der Zollerhöhung erklärt sich aus psychologischen Gründen. Vor allem waren es die grossen Wurstfabriken, die ohne Rücksicht auf den Preis kauften. Dadurch stiegen die Preise. Das Bild hat sich aber in der verflossenen Woche gründlich geändert; jetzt sind es vor allem die grossen Wurstfabriken, die auf dem Standpunkt stehen, dass die Preise übers Ziel geschossen sind, und die deshalb stark auf die Preise drücken. Die Preise an den deutschen Viehmärkten bröckeln gegenwärtig ab und dürften den Stand vor der Zollerhöhung sogar noch unterschreiten; denn Deutschland ist ein Land, das sich mit Fleisch selbst versorgt. Zwischen der Schmalzeinfuhr nach Deutschland und den deutschen Viehpreisen besteht keinerlei Zusammenhang. Die deutschen Viehpreise werden niedrig liegen, wenn der Arbeiter gut verdient und dem Bauer anständige Preise zu zahlen in der Lage ist. Das ist eine Binsenwahrheit, über die keine Täuschung hinweg hilft. Wenn man durch irgendwelche Mittel die Preise hochhält, muss und wird sich der Absatz verringern. Dem Bauer kann niemals durch Schmalzzoll geholfen werden. Nach Lage der Dinge ist Hilfe für den deutschen Viehzüchter und Bauer nur möglich, indem die überhöhten Getreide- und die Futtermittelpreise gründlich im Preise heruntergesetzt werden. So lässt sich die Rentabilität der deutschen Viehwirtschaft wieder herstellen. Aber eine Heruntersetzung der Getreide- und Futtermittelkosten kann man von der gegenwärtigen Regierung nicht erwarten. Die grossagraren Freunde der Regierung Hitler würden dann Krach schlagen.

Weil die Dinge so liegen, bewegen wir uns in einem bedenklichen Zirkel: Die Getreide- und Futtermittelkosten werden überteuert gehalten, die Zölle auf wichtige Fette wie Schmalz werden erhöht, die städtische Arbeiterschaft wird dadurch ausgepowert und kann immer weniger kaufen. Der Absatz des Bauern und die Preise, die der Bauer erhält, müssen sich verringern. Es ist Zeit, dass die Pferde hier einmal wieder nach vorn laufen. Das würde so aussehen: Die unnötigen und verteuernenden Zölle werden abgebaut. Getreide- und Futtermittelpreise, die man jetzt mit Hilfe von Steuergeldern übermässig hochhält, werden ermässigt. Der Bauer kann das Vieh, kann Butter, Milch und Käse billiger produzieren. Der Arbeiter kann mehr kaufen und bessere Preise zahlen. So nur ergibt sich ein Kreislauf, der der industriellen Wirtschaft und der Landwirtschaft wieder neues Blut zuführt. Wenn man Deutschland retten will, muss man diesen Weg gehen. Deshalb haben Arbeiter und Bauern am 5. März die Pflicht, dafür zu sorgen, dass wieder vernünftig gewirtschaftet wird. Deshalb wählen Arbeiter und Bauern am 5. März einmütig die Liste der Sozialdemokraten, Liste 2!

SPD. Berliner Butterpreise vom 28. Februar. Amtliche Notierung ab Erzeugerstation, Fracht und Gebinde gehen zu Käufers Lasten: I. Qualität 89, II. Qualität 82, abfallende Sorten 75 RM je 50 kg. Tendenz: stetig.

SPD. Auf der am Dienstag stattgefundenen Generalversammlung des Siemenskonzerns nahm der Leiter des Konzerns Carl Friedrich von Siemens Gelegenheit, sich mit der amtlichen Wirtschaftspolitik auseinanderzusetzen, die den deutschen Export früher oder später erdrosseln muss. Es sind dabei recht bedeutsame Worte gefallen. Carl Friedrich von Siemens führte u.a. aus:

"Im Kampf der Meinungen stehen heute nicht Logik und Sachlichkeit im Vordergrund, sodass ein geistiger Kampf geführt wird, sondern Uebertreibungen und Verleumdungen beherrschen als wirksamste Waffe das Feld. Das Schamgefühl, nicht mit vergifteten Waffen kämpfen zu dürfen, ist in Deutschland in hohem Masse abhanden gekommen. Es gibt und wird immer Interessengengesätze geben. Heute glauben aber viele Gruppen, ihren Interessen am besten dadurch zu dienen, dass sie versuchen, sich als die Selbstlosen, nur dem Volkswohl Dienenden, die andern aber als die schwarzen Schafe dazustellen, die sich rückhaltslos nur vom eigenen materiellen Wohle leiten lassen. Ich kann nicht eine Erklärung des Vorstandes des Reichslandbundes vorübergehen lassen. Sie stellt wohl das tiefste bisjetzt erreichte Niveau des Interessenkampfes dar, besonders wenn man den Kreis der Beteiligten berücksichtigt, von denen sicherlich viele stolz auf Abstammung und Kinderstube sind und den Anspruch eines hohen und alten Bildungsgrades für sich erheben. Es wäre sinnlos, Vergleiche anstellen zu wollen, wo die Not am grössten ist. Ob in den landwirtschaftlichen oder den industriellen Teilen der Bevölkerung? Ob Hunger und Elend sich hier oder dort stärker fühlbar machen? Wo mehr Existenzen vernichtet werden? Sicher ist, dass wir für einen auch nur bescheidenen Beschäftigungsgrad unserer grossen Bevölkerung nicht auf den Export verzichten können, der uns die Austauschmittel liefern muss für das, was die heimische Erde uns versagt, um den Wohlstand des Volkes und damit seine Lebenshaltung einmal wieder zu erhöhen. Ich warne vor der Ueberhebung, dass die Welt in irgend einem grösseren Masse auf die deutsche Produktion angewiesen ist, wie vor kurzer Zeit erst von einem der neuen politischen Staatssekretäre als Beweis für die Ungefährlichkeit des heutigen einseitigen Weges behauptet worden ist. Für die von ihm zum Beweis u.a. angeführte Elektrotechnik muss ich leider sagen, dass die Welt auch ohne deutsche Produkte auskommen kann. Die von den meisten Staaten durchgeführte Importerschwerung zur Hebung nationaler Industrien zeigt, dass die Länder im Wirtschaftskampf sogar bereit sind, sich mit teuren und minderwertigen Produkten zu begnügen. Die Ankündigungen der neuen Richtung unserer Handelspolitik und die bisher schon getroffenen Massnahmen haben, wie einwandfrei feststeht, ihre Wirkung schon ausgeübt, nachdem der Unternehmer in letzter Zeit glaubte, dass der Druck der Last nun sehr bald von ihm genommen würde. Innere Arbeitsbeschaffung kann der Industrie keinen Ersatz geben."

Man kann nur sagen, dass Herr von Siemens die Lage durchaus richtig sieht und auch die Gefahren der Wirtschaftspolitik des gegenwärtigen Kabinetts richtig erkannt hat. Es ist z.B. bezeichnend, dass der Siemenskonzern im verflossenen Jahre seine inländischen Belegschaften um 22 % und seine Belegschaften im Ausland um 24 % abbauen musste. Herr von Siemens wird sich aber darüber klar sein müssen, dass seine Vorstellungen kaum fruchten werden. Die Zeit, wo in Deutschland Wirtschaftspolitik nach sachlichen Gesichtspunkten gemacht wurde, ist vorbei. Im übrigen darf man wohl feststellen, dass die Industrie, wenn sie sich über die gegenwärtigen Zustände beklagt, doch nur das erntet, was sie gesät hat. Nicht zuletzt waren es die deutschen Unternehmer, die aus rein egoistischen Gründen jene Leute grossgemacht haben, vor denen sie heute in die Öffentlichkeit flüchten müssen.

Weiter abgeschwächt.

(Berliner Getreidebörse vom 28. Februar)

SPD. Am Lieferungsmarkt lagen die Kurse für Weizen und Roggen am Dienstag schwächer. Die Stützungsstellen mussten wieder einmal eingreifen. Am Promptmarkt konnten die alten Kurse gehalten werden. Das Angebot hat sich gesteigert, während, eine Folge der allgemeinen Unsicherheit, die Nachfrage weiter abbröckelte. Besonders still war es auf dem Mehlmärkte. Trotzdem konnten die in den letzten Tagen erhöhten Notierungen für Weizen und Roggenmehl gehalten werden.

	27. Febr.	28. Febr.
	(ab märkische Station in Mark.)	
Weizen	198 - 200	198 - 200
Roggen	153 - 155	153 - 155
Braugerste	172 - 180	172 - 180
Futter- und Industrierogerste	163 - 171	163 - 171
Hafer	125 - 128	125 - 128
Weizenmehl	23,50 - 27,00	23,50 - 27,00
Roggenmehl	20,90 - 22,75	20,90 - 22,75
Weizenkleie	8,60 - 8,90	8,70 - 9,00
Roggenkleie	8,70 - 9,00	8,75 - 9,00
<u>Handelsrechtliche Lieferungsgeschäfte:</u> Weizen März 211-212 $\frac{1}{4}$ (212 $\frac{3}{4}$), Mai 213 $\frac{1}{2}$ - 214 $\frac{1}{4}$ (215). Roggen März 167 - 167 $\frac{1}{2}$ (167), Mai 169 - 169 $\frac{1}{2}$ (169). Hafer März 129 $\frac{3}{4}$ - 130 $\frac{1}{2}$ Geld (131 $\frac{1}{2}$), Mai 134 $\frac{1}{2}$ - 136 (135 $\frac{1}{2}$).		

Berliner Viehmarkt.

(28. Februar)

SPD. Am Dienstag setzte sich auf dem Berliner Viehmarkt der Preisrückgang fort. Betroffen wurden besonders die Schweinepreise, die im grossen und ganzen auf den Stand vor der Viehzollerhöhung zurückgingen. Die Wirkungen, die man sich von den neuen Viehzöllen versprochen hat, sind völlig verpufft. Allerdings war der Schweinemarkt mit 14 000 Tieren reich beschickt. Etwas besser sah es auf dem Rindermarkt aus. Für Hammel und Kälber konnten die letzten Preise behauptet werden.

Notierungen. Schweine: a) über 300 Pfund 37 (41), b) 240 - 300 Pfund 35 - 37 (40), c) 200 - 240 Pfund 34 - 36 (38-40), d) 160 - 200 Pfund 32 - 33 (35-37) e) 120 - 160 Pfund 30 - 31 (32-34), Sauen 32 - 35 (36-38). Kühe: a) 24 - 26 (24-26), b) 21 - 23 (21-23), c) 17 - 20 (17 - 20), d) 12 - 16 (12-16). Kälber: b) 38 - 45 (39-45), c) 28-38 (28-38), d) 18 - 26 (18-26). Schafe: a) 35 - 36 (35-36), b) 25 - 27 (25-27), c) 30 - 32 (30-32), d) 20-28 (20-28).



Hoffnungen der Scharfmacher.

Streikbrecherangebot des "Stahlhelm".- Was sagt Herr Seldte dazu ?

SPD. Um die Jahreswende 1932/33 hatte es den Anschein, als wollten die Unternehmer im Lohnabbau eine kleine Ruhepause eintreten lassen. Hatte doch selbst der damalige Reichskanzler v. Schleicher die Meinung vertreten, dass die Arbeitslosenkassen einen Tiefstand erreicht hätten, der nicht mehr unterschritten werden dürfe, wenn die Lage der deutschen Wirtschaft nicht noch schlimmer werden solle. Da kam am 30. Januar wie ein Blitz aus heiterem Himmel die Berufung des Hitler-Hugenberg-Kabinetts. Das war für die Scharfmacher das Signal, die Löhne erneut abzubauen. "Jetzt ist eine neue Situation geschaffen, die uns zwingt, wieder zu handeln" - so erklärten viele Unternehmer.

Zu dieser Unternehmersorte gehören auch die Stuhlfabrikanten von Rabenau (Freistaat Sachsen). Durch einen Betriebsanschlag haben sie vor kurzem bekannt gemacht, dass der Spitzenlohn künftig 64 Pfennig betrage. Das soll der Stundenlohn für einen hochqualifizierten Facharbeiter sein. Bisher erhielten diese noch 75 Pfennig; der geforderte Abbau beträgt also 11 Pfennig. Als die Belegschaften dieses Unternehmerdiktat ablehnten, wurden sie ausgesperrt. Inzwischen hat der Kampf sich auf den Nachbarort Oelsa ausgedehnt. Zur Zeit stehen über 200 Stuhlarbeiter im Kampf. Trotz der Schwere der Zeit stehen sie alle geschlossen und einig zusammen. Sie werden mit dafür sorgen, dass die Hoffnungen, die die Scharfmacher auf die "neue Situation" gesetzt haben, zuschanden werden.

4
In Nürnberg streikten die Holzarbeiter einiger Betriebe, weil ihnen die Unternehmer den Lohn abbauen wollten. So geschlossen, wie die Belegschaften den Kampf aufgenommen hatten, führten sie ihn auch durch. Die Unternehmer suchten durch allerlei Kniffe und Versprechungen Arbeitswillige zu bekommen, was ihnen jedoch nicht gelang. Da erstand ihnen im "Stahlhelm" ein Helfer. Die Stahlhelmleitung richtete öffentlich die Bitte an die Arbeitgeber, deutsch gesinnte Arbeitnehmer einzustellen und sich zu diesem Zwecke der Vermittlungseinrichtungen des "Stahlhelms" zu bedienen.

Die Unternehmer gingen auf dieses Streikbrecherangebot des "Stahlhelm" selbstverständlich sofort ein. Was sie auf diese Weise an Arbeitern bekamen, war freilich alles andere als "erstklassige Facharbeiter". Aber darauf kommt es den Scharfmachern ja in solchen Fällen nicht an; für sie ist die Hauptsache, dem organisierten Arbeiter eins auszuwischen. Das ist im vorliegenden Fall nun nicht geglückt; denn der Kampf wurde von den streikenden Belegschaften trotz alledem gewonnen.

An den Herrn Reichsarbeitsminister Seldte muss man aber die Frage richten, ob er das Vorgehen seiner Stahlhelmorganisation billigt, ob er damit einverstanden ist, dass seine Kameraden als Streikbrecher vermittelt werden. Ferner muss man an ihn die Frage richten, ob diese Arbeitsvermittlung seiner Ortsverbände nicht gegen den § 49 des Arbeitslosenversicherungsgesetzes verstößt. Nach dieser Gesetzesvorschrift ist die Arbeitsvermittlung durch politische Parteien oder parteipolitische Organisationen unzulässig. Der "Stahlhelm" ist heute doch zweifellos mindestens eine parteipolitische Organisation.

SPD. Treue und Zuversicht - trotz Armut, Not und Elend: so lässt sich am besten die soeben in Berlin stattgefundene Tagung der mitteldeutschen Binnenschiffer und Wasserbauarbeiter charakterisieren. Der Bericht über das verfllossene Geschäftsjahr, den der Bezirksleiter Adolf Schultz gab, entrollte ein trauriges Bild. Uebertriebene Mittelstandsretterei legte hunderte Kähne der grossen Reedereien still, weil die Fracht auf die Schiffseigner gleichmässig verteilt wird. Tausende Binnenschiffer sind dadurch arbeitslos geworden während gleichzeitig die Kleinschiffer nicht einmal die unzulänglichen Bemannungsvorschriften respektieren und so keinen Ausgleich in der Beschäftigungsmöglichkeit schaffen.

Nicht besser sieht es mit der Arbeitsmöglichkeit im Wasserbau aus. Es sind keine Etatmittel vorhanden. Zwar lesen wir in jedem Jahr von Ueberschwemmungen, die oft zu Katastrophen werden, aber davon werden ja nur Klein- und Mittelbauern und arme Gemeinden getroffen. Die im "Arbeitsbeschaffungsprogramm" vorgesehenen Arbeiten sind privaten übergeben. Die Arbeiter erhalten bestenfalls 16 M brutto. Nach den Abzügen haben sie für 40 Stunden schwerer und lebensgefährlicher Arbeit oft weniger, als die Wohlfahrtsunterstützung ausmacht. Selbst behördlichen Stellen ist dies aufgefallen. Sie erhielten im R.V.M. aber die Antwort: Dann muss die Wohlfahrtsunterstützung abgebaut werden! Sozialpolitik im Dritten Reich!

Trostlose Zeiten! Trotzdem gab es unter den Delegierten - alles Kollegen aus dem Beruf - nur eine Stimme: heute mehr denn je alles daran zu setzen, die Gewerkschaft zu stärken und mit allen zulässigen Mitteln die Diktatur zu bekämpfen. Zu gewaltiger Höhe wurde diese trotzig Kampfesstimmung gerissen durch ein begeisterndes Referat des Verbandsvorsitzenden Reissner über die wirtschaftliche und politische Lage.

Wer an der Tagung teilnahm, ist überzeugt worden, dass eine Bewegung, die von solcher Ueberzeugungstreue getragen wird, die Zukunft für sich hat.

SPD. Die Reichsanstalt hat einen interessanten Bericht über die Berufsberatung für die Zeit von Mitte 1931 bis Mitte 1932 fertiggestellt. Er wird in einer der nächsten Nummern des Reichsarbeitsblattes erscheinen. Nach dem Bericht haben rund 400 000 Personen Rat gesucht, und zwar 300 000 Jugendliche und 100 000 ältere Leute, d.h. also Leute, die einen neuen Beruf suchten. In Lehrstellen wurden 100 000 Jugendliche übermittelt, in Fachschulen 15 000, in Hochschulen 4 000; in die Arbeitsvermittlung wurden 40 000 überwiesen.

Besonders interessant sind die Berufswünsche der Ratsuchenden. Die Männer bevorzugen nach dem Bericht in erster Linie die gelernten Berufe der Metallindustrie. An zweiter Stelle steht die Nachfrage nach den Angestelltenberufen, an dritter die Nachfrage nach Beschäftigung im Nahrungs- und Genussmittelgewerbe, vor allem im Bäcker- und Konditorenberuf.

Bei den Frauen will gleich ein ganzes Drittel der Ratsuchenden im Angestelltenberuf unterkommen. An zweiter Stelle steht die Nachfrage nach dem Beruf der Hausangestellten oder nach Beschäftigung im Konfektionsgewerbe.

Das Hungerdasein einer Stenotypistin schreckt also nicht. Die Gehälter der weiblichen Angestellten sind heute im Durchschnitt schlechter als die Löhne der Fabrikarbeiterin; auch ist die Arbeitszeit der Angestellten länger. Trotzdem der starke Andrang zum Angestelltenberuf. Man muss allerdings auch die Wirkungen der Krise berücksichtigen. Eine Fabrikarbeiterexistenz, die bei Kurzarbeit und abgebautem Lohn sich durchhungern muss, ist heutzutage natürlich auch kein verlockendes Ziel. Man sagt sich: wenn doch nur Proletariat, dann wenigstens Stehkragenproletariat.

SPD. Auf einen ansehnlichen Erfolg gewerkschaftlicher Kleinarbeit kann der Zentralverband der Hotel-, Restaurant- und Cafeangestellten hinweisen. Er hat im vergangenen Jahr im Kampf um das Recht seiner Mitglieder zum Teil mit Hilfe des Arbeitsgerichts, zum Teil auch direkte Verhandlungen mit dem Unternehmer 300 338 Mark erstritten.

Im Jahr zuvor wurden rund 100 000 Mark mehr herausgeholt. Das will nicht besagen, dass die gastwirtschaftlichen Unternehmer im vergangenen Jahr weniger Anlass zu Klagen gegeben haben. Im Gegenteil, aber mancher Angestellte hat es eben unter dem Druck der Verhältnisse vorgezogen, auf die ihm Kraft Gesetz und Tarif zustehenden Rechte zu verzichten, nur um nicht die Arbeitsstelle zu verlieren.

Die Zahl der Streitfälle, deren erfolgreiche Beilegung sich zahlenmässig darstellen lässt, betrug 5 378; ausserdem wurde in 1 437 Fällen ein Erfolg erzielt, der wertmässig nur schwer abgeschätzt werden kann, weil es sich dabei um Ausstellung oder Verbesserung von Zeugnissen, Verbesserung von Kost und Logis, Herausgabe von Papieren und dergl. handelt.

Besonderes Interesse beanspruchen die Feststellungen der Verbandes zum Kampf um den wöchentlichen Ruhetag. Nicht weniger als 585 Arbeitgeber mussten zur Anzeige gebracht werden wegen Uebertretung des Arbeitszeitgesetzes und Nichtgewährung eines wöchentlichen Ruhetages! Im Gastwirtsgewerbe mussten also Tausende von Angestellten an sieben Tagen der Woche arbeiten in einer Zeit, wo der Ruf nach Verkürzung der Arbeitszeit durch die ganze Welt geht.

Sozial- und tarippolitisch ist noch viel faul im Gastwirtsgewerbe. Warum? "Soweit überhaupt Bestrafungen erfolgten, waren sie", so schliesst der Rechtsschutzbericht des Zentralverbandes, "zumeist recht gering und nicht geeignet, die Unternehmer zur Beachtung der gesetzlichen Bestimmungen zu veranlassen."

SPD. In der Schweiz hat die Arbeitslosigkeit neuerdings stark zugenommen. Das gilt vor allem für die Uhrenindustrie, die Metall-, Maschinen- und Elektroindustrie. Die Zahl der bei den Arbeitsämtern eingeschriebenen Arbeitslosen ist auf über 100 000 gestiegen; sie beträgt 2 bis 3 Prozent, während sie in Deutschland 8 bis 9 der Gesamtbevölkerung ausmacht.

SPD. "Die Frau gehört ins Haus!" Unter diesem Titel hat der Bundesvorstand des ADGB eine Broschüre herausgebracht, worin den weiblichen Arbeitnehmern die Bedeutung der gewerkschaftlichen Organisation klargelegt wird. Anschaulich wird nachgewiesen, wie die Frau seit jeher stark an Produktion, Verwaltung und Instandhaltung aller Gebrauchsgüter beteiligt war und wie mit der Aenderung der Produktionsverhältnisse der Anteil der Frau an der entlohnerten Erwerbsarbeit stieg. Nur ungenügende Interessenvertretung durch mangelnde Organisation hat die Bewertung und Bezahlung der weiblichen Arbeit selbst dort herabgedrückt, wo die Leistung nachweisbar der des Mannes gleichwertig ist. Frauenerwerbsarbeit - dafür führt die Broschüre den schlüssigen Beweis - ist keine vorübergehende Erscheinung, und auch die Frauen können sich nur durch feste Organisation in den Gewerkschaften bessere Lebensbedingungen erkämpfen.

Die Broschüre, die von der Verlagsgesellschaft des ADGB Berlin SW 19, Inselstrasse 6 a bezogen werden kann, kostet für Gewerkschafter und Organisationen 10 Pfennig, bei 100 Stück 8 Pfennig pro Exemplar.

SPD. Durch eine Veröffentlichung des Amtlichen Preussischen Pressedienstes ist für ganz Preussen die sozialdemokratische Presse auf zwei Wochen verboten worden. Bis zum späten Dienstag abend war an keine Stelle der Parteipresse oder der Partei eine direkte Mitteilung darüber gegeben worden. Auch blieb der Versuch vergeblich, von den zuständigen Stellen im Polizeipräsidium Berlin und im preussischen Innenministerium eine Begründung oder direkte Bestätigung dieses Verbotes zu erlangen.

In der geltenden Pressenotverordnung sind die Gründe, aus denen eine Zeitung verboten werden kann, taxativ aufgezählt. Darunter ist jedoch als Verbotsgrund nicht zu finden, dass die betreffende Zeitung einer Partei gehöre, der nachgesagt wird, in Verbindung mit jemandem zu stehen, der wegen einer strafbaren Handlung in Haft genommen ist. Wenn der Amtliche Preussische Pressedienst die Massenverbote damit begründet, dass die Sozialdemokratische Partei mit dem Holländer Lübke in Verbindung gestanden habe, der wegen Brändlegung im Reichstagsgebäude verhaftet worden ist, so finden diese Verbote in dem geltenden Presserecht keine Stütze. Auch kennt das geltende Presserecht nicht ein gleichzeitiges Verbot mehrerer Zeitungen, es sei denn, dieses Verbot erfolge wegen gleichlautender Veröffentlichungen in diesen Zeitungen. Das hier in Rede stehende Massenverbot behauptet jedoch auch nicht, dass eine strafbare Veröffentlichung erfolgt wäre.

In den ersten Morgenstunden des gestrigen Dienstag erschien im "Vorwärts"-Gebäude ein ungewöhnlich grosses Aufgebot von Schutzpolizisten und Kriminalbeamten, um die Dienstag-Morgennummer zu beschlagnahmen. Drei Polizeilastautos schafften in wiederholten Fahrten die in grosser Auflage von 360 000 Exemplaren gedruckte Morgenausgabe des "Vorwärts" und ausserdem andere beschlagnahmte Druckerzeugnisse nach dem Polizeipräsidium. Zugleich wurden noch in der Nacht zahlreiche Durchsuchungen der gesamten Druckerräume im "Vorwärts"-Haus vorgenommen und nicht nur der "Vorwärts", sondern auch alle bereits gedruckten Gewerkschafts- und sogar unpolitischen Zeitungen und Wochenschriften beschlagnahmt, die in der "Vorwärts"-Druckerei hergestellt werden.

Auch am Dienstag wurden im "Vorwärts"-Gebäude wieder zahlreiche Durchsuchungen vorgenommen, die Ausgänge polizeilich besetzt und jeder Ausgehende daraufhin beobachtet, ob er nicht Druckschriften mitnehme. Auch wurden zahlreiche polizeiliche Vernehmungen von im "Vorwärts" Hause Beschäftigten vorgenommen.

Aus dem Schaufenster der "Vorwärts"-Expedition wurden drei Wahlplakate der SPD von der Polizei beschlagnahmt. Zugleich mit dem Massenverbot von Zeitungen hatte der Amtliche Preussische Pressedienst auch das Verbot von Wahlplakaten und Flugblättern der Partei verkündet. Dieser schwere Eingriff in die Wahlfreiheit fand seinen Vollzug noch in der Nacht und auch am Dienstag durch Entfernung oder Ueberklebung sozialdemokratischer Wahlplakate an den Litfassäulen.

Objektiv stellt sich fünf Tage vor der Wahl die Situation für die Sozialdemokratische Partei folgendermassen: Gegen sie wird in Reden, die über alle deutschen Sender gehalten werden, in Millionen und Abermillionen Zeitungs-exemplaren, Flugblättern, Handzetteln, Plakaten eine Sturzflut der ungeheuerlichsten Beschuldigungen losgelassen, und zugleich wird jeder Versuch einer Gegenäusserung mit allen Mitteln eines vorzüglich arbeitenden Polizeiapparates und mit geradezu bewunderungswürdiger Vollständigkeit verhindert.

Dauert dieser Zustand bis zum Wahltag fort, so muss sich die Sozialdemokratie darauf gefasst machen, dass die Phantastik der gegen sie gerichteten Angriffe mit jedem Tage gesteigert wird, ohne dass ihr auch nur die geringste Möglichkeit einer Verteidigung gegeben wäre.

Die Rechtfertigung dieses Verhaltens der zurzeit massgebenden Stellen

wird einzig und allein in dem Umstand gesucht, dass ein in sozialdemokratischen Kreisen völlig unbekannter junger Mann, der unter Benutzung seines eigenen Hemdes einen Brand im Reichstag angestiftet haben soll, erklärt hat, er habe mit der Sozialdemokratischen Partei in irgend einer Verbindung gestanden. Das Zeugnis dieses Mannes genügt, um die Sozialdemokratische Partei der intellektuellen Mittäterschaft bei einer Brandstiftung für überführt zu halten!

Es wäre unter der Würde der Sozialdemokratischen Partei der offiziellen Erklärung, die ihr Vorstand zu dieser Angelegenheit abgegeben hat, auch nur ein Wort hinzuzufügen.

Da nun solche Vorgänge in der ausländischen Presse nicht eben freundlich besprochen werden, erhebt sich in der Rechtspresse eine neue Hetze, die die Sozialdemokratische Partei und besonders den "Vorwärts" beschuldigt, die Kritik der Auslandspresse veranlasst zu haben. Dazu ist folgendes zu erklären:

Es ist unwahr, dass die Redaktion des "Vorwärts" gegen Herrn Goering persönliche Vorwürfe erhoben hat, die mit der Brandstiftung im Reichstag zusammenhängen. Wohl aber wurde im Gespräch von Redakteuren des "Vorwärts" mit ausländischen Journalisten die Möglichkeit in Betracht gezogen, dass an der Brandstiftung im Reichstag Mitglieder der NSDAP beteiligt sein könnten. Darüber kann sich niemand wundern, der sich erinnert, dass bis in die allernächste Zeit hinein von Nationalsozialisten schwerste Gewalttaten gegen politisch Andersgesinnte begangen worden sind. Man braucht sich in diesem Zusammenhang nur an die nächtlichen Ueberfälle auf die Abgeordneten Löwenstein und Heilmann zu erinnern, ferner auch daran, dass Herr Goering und der Preussische Pressedienst selbst vor Provokateuren und verkleideten Kommunisten in den Reihen der Rechtsverbände warnen mussten, schliesslich auch daran, dass noch vor wenigen Monaten bei Streiks von Kommunisten und Nationalsozialisten gemeinsam Sabotageversuche unternommen worden sind.

Es ist richtig, dass die Ereignisse der letzten Wochen draussen in der Welt in einer Weise besprochen werden, die auf eine Erhöhung des deutschen Ansehens durch das Walten der neuen Regierung keineswegs schliessen lässt. Es ist aber vollkommen falsch und ausserordentlich ungerecht, der Sozialdemokratischen Partei oder ihrem Zentralorgan, dem "Vorwärts" an dieser bedauerlichen Tatsache auch nur die allergeringste Schuld beizumessen.

Berlin, den 1. März 1933

(gez.) Friedrich Stampfer

Deutscher Sang.^x

Wer zählt die Tage, zählt die langen Wochen!
Wir stehen jeden Morgen auf und ziehen los.
Der Weg ist jeden Tag derselbe
in Bochum oder Hamburg an der Elbe,
und unser Loch im Bauch ist immer gross.

In Schlachterläden liegen fette Schinken.
In Bäckerläden liegt das Weizenbrot.
Wir dürfen uns davon nichts nehmen
in Kattowitz, in Kiel und auch in Bremen,
und überall bleibt uns die gleiche Not.

Ein Mantel ist im Winter uns vonnöten.
Der Ausverkauf preist ihn uns billig an.
Es läuft uns eisig über unsern Rücken
in Lübeck, Spandau und Saarbrücken,
weil auch den kleinen Preis kein Mensch bezahlen kann.

Es regnet, und die Füsse brauchen Schuhe.
Die grauen Wollenstrümpfe halten warm.
Wir, die wir uns in den Asylen trafen,
in Breslau, Augsburg oder Ludwigshafen,
sind auch im Ausverkauf noch viel zu arm.

Die Villa mit dem Park hat vierzig Zimmer.
Die vierzig Räume stehen meistens leer.
Wir aber stehen ohne Obdach draussen
in Königsberg und Oberhausen
in dünnen Jacken, und wir frieren sehr.

Doch einmal geht auch diese Schmach zu Ende,
wenn endlich die Geduld uns bricht.
Wir werden uns den unbenutzten Reichtum nehmen
in München, Potsdam, Braunschweig, Bremen
und scheren uns um morsches Vorrecht nicht.

Wir finden uns im Massenschritt zusammen.
Wir bringen Ordnung wieder in den Ueberfluss
und machen dann mit Elend und Entsagen
in Pasewalk, in Waldenburg, in Hagen
endgültig Schluss, endgültig Schluss!

Alfred Thieme.

SPD. Der tiefste Kältepunkt.^x Der theoretisch errechnete absolute Nullpunkt, wie er für den luftleeren Weltraum gefunden wurde, beträgt -273 Grad Celsius. Dieser Temperatur sind die Forscher in den Laboratorien schon ausserordentlich nahe gekommen. Vor einiger Zeit hat nun Professor Keeson in Leiden mit Heliumdampf den tiefsten bisher bekannten Kältepunkt praktisch erreicht. Die bei dem Versuch sich ergebende Temperatur liess sich aus dem gemessenen Dampfdruck auf -272,3 Grad Celsius errechnen.
